



## ***Sudetendeutscher Pressedienst (SdP)***

*Redaktion, Herausgeber, Medieninhaber:*  
**Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich (SLÖ)**  
**Bundespressereferat: A-1030 Wien, Steingasse 25**  
**Telefon: 01/718 59 19\*, Fax: 01/718 59 23**  
**E-Mail: [pressedienst@sudeten.at](mailto:pressedienst@sudeten.at)**

Wien, 25. August 2005/GE

### **Es ist und bleibt alles nur halbherzig**

#### **Prag errichtet für sudetendeutsche Antifaschisten ein Dokumentationszentrum**

**Die tschechische Regierung würdigte gestern in einer Erklärung die eigenen sudetendeutschen Antifaschisten, lehnt aber ausdrücklich eine finanzielle Entschädigung ab. Präsident Klaus hält diese Erklärung für eine "konzeptionell fehlerhafte, überflüssige und leere Geste."**

Gestern verabschiedete die tschechische Regierung eine Erklärung, in der sie ihre "tiefe Anerkennung" jenen antifaschistischen Sudetendeutschen gegenüber zum Ausdruck brachte, die der Tschechoslowakei im Zweiten Weltkrieg treu geblieben waren, und stellte mit "großem Bedauern" fest, dass sie "im Widerspruch zu der damals gültigen Gesetzeslage behandelt" worden waren. Im Klartext bedeutet das, dass 1945 auch die sudetendeutschen Antifaschisten enteignet worden waren und ihnen die Staatsbürgerschaft aberkannt worden war. In den Beneš-Dekreten war aber festgeschrieben worden, dass Antifaschisten von den Enteignungen, von der Vertreibung und anderen antideutschen Maßnahmen wie die Aberkennung der Staatsbürgerschaft ausgenommen sind. Aber noch im Frühjahr 1946 waren 90.000 sudetendeutsche Antifaschisten ausgesiedelt worden. Diejenigen Antifaschisten, die in der Tschechoslowakei verblieben waren, hatten erst 1954 die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft erhalten. Sie waren Bürger zweiter Klasse, die vor allem in der Landwirtschaft oder in der Schwer- und Bergbauindustrie auf niedrigstem Lohnniveau arbeiten mussten. Zuvor waren auch die sudetendeutschen Antifaschisten auf Grundlage des Beneš-Dekrets Nr. 71 zur Zwangsarbeit verpflichtet worden. Später sind ihnen diese Jahre nicht für die Pension anerkannt worden, weshalb der Großteil der sudetendeutschen Antifaschisten bis heute mit sehr niedrigen Pensionen auskommen muss.

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich (SLÖ) begrüßt zwar, dass diese schon längst überfällige Geste seitens der tschechischen Regierung als ein erster Schritt in die richtige Richtung gesetzt wurde, kritisiert aber, dass sich Tschechien weigert, eine finanzielle Entschädigung zu leisten. Die sudetendeutschen Antifaschisten in Tschechien benötigen kein Dokumentationszentrum, sondern eine faire Entschädigung für die jahrzehntelangen Einkommens- und Pensionsverluste, für die verlorenen Versicherungsjahre durch die Zwangsarbeit und die konfiszierten Bankguthaben und Versicherungspolizzen. Wenn man, so die SLÖ, ein solches Dokumentationszentrum benötigt, dann nur, um darin der Öffentlichkeit die unmenschliche Behandlung der sudetendeutschen Antifaschisten in der Tschechoslowakei nach 1945 zu zeigen. Andernfalls wäre es nach Meinung der SLÖ sinnvoller, die 1 Million Euro, die die tschechische Regierung für dieses Dokumentationszentrum geben möchte, den 200 sudetendeutschen Antifaschisten in Tschechien auszubezahlen. Mit Erklärungen allein kann man seine persönliche Lebenssituation nämlich nicht verbessern.

Sie SLÖ verurteilt außerdem die zynischen Bemerkungen von Präsident Klaus, die neuerlich zeigen, dass "alles nur halbherzig bleibt", was Tschechien in der Bewältigung seiner Geschichte zu tun bereit ist. **Dazu gehören auch die Entschädigungsansprüche der vertriebenen Sudetendeutschen, die vielfach heute noch einen antifaschistischen Ausweis besitzen.**

.